

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugpreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,22 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Werbungszeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 290

Mittwoch, den 11. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Gemeinwirtschaft.

Der erste Rausch der enthusiastischen Sozialrevolutionäre ist verflogen. So schnell, wie sie die politischen Gewalten zu stürzen vermochten, glauben sie auch das Wirtschaftsleben von Grund aus umkehren zu können. Aber im letzten Augenblick hielt vernünftige Einsicht die zum Schlage erhobene Faust an und verhinderte glücklicherweise, daß neben der staatlichen Ordnung auch das Wirtschaftsgeschehen völlig in Trümmer ging. Die gegenwärtigen Machthaber hatten die Wahl, ob sie den kühnen Schritt ins ungewisse Dunkel wagen, oder ob sie unter Benützung der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsformen die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vollziehen sollten. Der Rat der Volksbeauftragten hat sich erfreulicherweise zur Beibehaltung dieses zweiten Wegs entschlossen. Der Volksbeauftragte Barth hat sich offen zu der Ansicht bekannt, daß zur Durchführung der „Sozialisierung ein organischer und klar durchdachter Plan gehöre“, und sein Kollege Ebert will die „Sozialisierung ohne Experimente nach genauem Studium und unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte“ durchgeführt wissen; denn der Sozialismus sei nicht Selbstzweck; auch er sei nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volks zu erhöhen. Nur dort, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringe, dem Volke weniger Arbeitslast auferlege und mehr Möglichkeiten des Verbrauchs eröffne, sei der Sozialismus am Platz, nur dort könne er sich dauernd behaupten. Also nicht vollkommener wirtschaftlicher Umsturz ist jetzt das Ziel derer, die nach einer Gemeinwirtschaft streben, sondern einheitlich organisierte Produktion, die bei geringstem Arbeitsaufwand höchste Erträge liefert.

Es gilt also jetzt vor allen Dingen, den Zug von der freien zur gebundenen Unternehmung im Wirtschaftsleben vernünftig zu regeln. Was zunächst den Umfang der Sozialisierung im Wirtschaftsprozess betrifft, so ist er von den neuen Machthabern bereits ganz allgemein auf Betriebe beschränkt worden, die dazu reif sind. Das ist natürlich ein sehr dehnbarer Begriff, über dessen Grenzen man sehr verschiedener Meinung sein kann. Zur Prüfung der einschlägigen Fragen ist ein Ausschuss eingesetzt worden, dem neben bekannten Wirtschaftstheoretikern auch Männer mehr praktischen Lebens angehören. Selbstverständlich ist es, daß jede Sozialisierung von Betrieben an bereits vorhandene wirtschaftliche Gesellschaftsbildungen anknüpfen wird. Es ist ja in der Tat ganz überraschend, wie stark schon Staat und Gemeinde auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens sich als Erzeuger betätigen. So ist die Herstellung von Gas, elektrischem Licht, elektrischer Kraft, die Lieferung von Wasser und anderes mehr bereits seit langer Zeit verstaatlicht. Andererseits besitzt der Staat auf dem Gebiete des Verkehrs wesens das Monopol der Post sowie des Drahtverkehrs in Wort und Schrift. Es wird auf den Plan zurückzugreifen sein, der schon zu Bismarcks Lieblingsideen gehörte, aber an dem unbeherrschbaren Starrsinn der manchesterlichen Liberalen scheiterte, d. h. wir werden uns mit dem Gedanken befreunden müssen, daß eine ganze Reihe von Monopolen eingerichtet wird. Dafür käme nicht nur Tabak und Spiritus, sondern auch Kohle, Kaffee, Elektrizität und Stickstoff in Frage. Darüber hinaus zieht man auch die Berggesellschaften der Bergwerke ernstlich in Betracht. Die Regalien der mittelalterlichen Territorialfürsten würden also in abgewandelter Form eine Erneuerung zugunsten des Staatsganges erfahren. Wie der preussische Finanzminister Simon kürzlich erklärte, denkt man auch daran, die Waffenindustrie zu verstaatlichen, die Zementindustrie und die großen chemischen Fabriken u. a. zweckmäßig zusammenzufassen. Auch für gewisse Zweige des Handels wäre an eine gemeinschaftliche Umformung zu denken.

Berlin, 10. Dez. Die Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung von Betrieben hat zu Vorsitzenden Kaupf und Prof. A. Franke, zum Schriftführer Dr. Vogelstein gewählt.

Die Umwälzung im Reich.

Vollzugsrat und Volksbeauftragte.

Berlin, 10. Dez. In einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats der A. S. Räte und der Volksbeauftragten wurde vereinbart: Beide Gewalten erstreben die Sicherung der sozialistischen Republik. Der Rat der Volks-

beauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Der Vollzugsrat hat das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Vollzugsgewalt ob. Die Tätigkeit kann nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten erspriechlich ausgeübt werden.

Berlin, 10. Dez. Der Montag ist in Groß-Berlin ruhig verlaufen. Heute früh war der private Fernsprechverkehr gesperrt.

Berlin, 10. Dez. Die Regierung hat gegen die Verfügung des Marschalls Foch, wonach der Lebensmittelverkehr des linksrheinischen Gebiets mit der neutralen Zone und dem übrigen Reich verboten wird, als vertragswidrig Einspruch erhoben.

Berlin, 10. Dez. Im Steglitzer Rathaus legten Vertreter der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Jägerdivision und der Gardelavalleriedivision unter Führung des Generalleutnants Leunis das Gelöbnis der Treue für die Republik und die prov. Regierung ab. Der feierliche Einzug der beiden Divisionen in Berlin wird am nächsten Tag durch das Brandenburger Tor erfolgen. Stabkommandant Weis teilt mit, daß für Berlin eine republikanische Soldatenwehr von 10000 Mann aufgestellt sei.

Protest des Braunsberger A. S. R.

Braunsberg (Ostpr.), 10. Dez. Der A. S. und V. Rat Braunsberg teilt mit: Der versammelte A. S. und V. Rat des Kreises Braunsberg kennzeichnet hiermit öffentlich den in der Presse verbreiteten Antrag der Leipziger A. und S. Räte „Hindenburg zu verhaften und auf Soldatenration zu setzen“ als ein Schmach und eine Schande und spricht einem solchen A. und S. Rat die Berechtigung ab, sich als Vertreter des Volks zu bezeichnen. Wir erheben flammenden Protest gegen den Beschluß des A. und S. Rates Leipzig.

Neueinteilung des Reichs.

Frankfurt a. M., 10. Dez. Die „Frankf. Ztg.“ erfährt aus Berlin, es werde ein Plan von Ledebour ausgearbeitet, auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen der einzelnen Bundesstaaten nach wirtschaftlichen Verhältnissen und Stammesarten eine Neueinteilung des Reichs in die Wege zu leiten.

Ablehnung des Volkswirtschafts-Vorschlags durch die Volksbeauftragten.

Berlin, 10. Dez. Den Vertretern der russischen Sowjetregierung, die an der Zentralversammlung der A. und S. Räte Deutschlands am 16. Dezember teilnehmen wollten, ist nach der „Voss. Ztg.“ die Einreise unterjagt worden. Dieser Beschluß, sagt die „Berliner Morgenzeitung“, ist mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse selbstverständlich. Wir sind auch überzeugt, daß die Mehrheit des am 16. Dezember zusammentretenden Kongresses der A. und S. Räte die Haltung der Regierung billigen wird.

Der Fall Thyssen-Stinnes.

Berlin, 10. Dez. Den Blättern zufolge hat das Verhör der verhafteten Großindustriellen Thyssen und Stinnes und deren Direktoren kein belastendes Material ergeben.

Die Rheinschiffahrt freigegeben.

Berlin, 10. Dez. Die Rheinschiffahrt ist freigegeben worden. Sie steht unter der Kontrolle der internationalen Schiffsfahrtskommission in Köln. Zu Duisburg, Emmerich, Mannheim und Straßburg sind Unteranschlüsse bestellt. Die deutsche Regierung hat in Köln ein deutsches Kommissariat eingerichtet, das seinen Sitz im Dienstgebäude der Eisenbahndirektion hat. Vorkämpfer des Kommissariats ist Hauptmann Köber. Alle Beschwerden über Rheinschiffahrt sind an die internationalisierte Schiffsfahrtskommission zu richten. Das Schiffsfahrtspersonal hat blaue Armbänder zu tragen.

Protest der Zeitungsverleger.

Magdeburg, 10. Dez. Der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller und an den Staatssekretär Scheidemann-Berlin ein Telegramm gerichtet in dem ausgeführt wird: Am 3. Dez. sei gegen die geplanten Umfangsbeschränkungen der Zeitungen Protest

ingelegt und die Anhörung von Sachverständigen gefordert worden. Die Verfügung sei aber trotzdem ohne Anhörung von Sachverständigen ergangen. Der Verein erblicke ein schändliches Eingreifen in den Betrieb der Zeitungen in der mechanischen Beschränkung nach dem von Berliner Umfang, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß viele Provinzzeitungen ein weit größeres Format anwiesen. Durch den Wegfall der Druckleistungen u. a. Darniederliegen gewisser Industriezweige wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, die Papierumwälzung der Zeitungen zu erhöhen. Die Maßregel schädige besonders das Weihnachtsgeschäft vieler Zweige des Erwerbslebens und auch die Zeitungen werden nicht in der Lage sein, ihr Personal weiter voll zu beschäftigen, geschweige denn, die aus dem Felde heimkehrenden früheren Angestellten wieder einzustellen.

Zeitungsverbot an der Front.

Berlin, 10. Dez. Dem „Vorwärts“ wird von einem Leser, der im zweiten Vierteljahr 1918 im Großen Hauptquartier als Stellvertreter des Gerichtsschreibers des Standgerichts kurze Zeit verwendet war, ein Befehl des Kaisers an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg mitgeteilt, von einer telegraphischen Meldung des Kronprinzen an den Kaiser Kenntnis zu nehmen. Das Telegramm des Kronprinzen lautet: „Ich bitte, die drei Zeitungen „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ an der Westfront verbieten zu wollen. Das Unheil, welches diese drei Blätter in den letzten Monaten in den Köpfen unserer Mannschaften anrichteten, ist bedauerlich. Für uns Führer ist es nicht gleichgültig, in welcher Stimmung Offiziere und Mannschaften in große Entscheidungskämpfe eintreten. Zu meiner Freude habe ich gesehen, daß in Berlin fest durchgegriffen wird. Mit herzlichsten Grüßen Dein getreuer Sohn Wilhelm.“

Der Aufenthalt des Kaisers.

Rotterdam, 10. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt, daß der Landstij Belmonte bei Wageningen, der einer Gräfin Büdler gehört, als zukünftiger Wohnsitz für den deutschen Kaiser und seine Familie eingerichtet werde.

Hindenburgs Ruheort.

Lüneburg, 10. Dez. Hindenburg wird nach der „Voss. Ztg.“ nach der Abrüstung in der Nähe Lüneburgs sich zur Ruhe setzen. Er hat sich als Wohnsitz das wenige Minuten von Lüneburg entfernte ehemalige Kloster Lüne ausgewählt.

Auslieferungsbegehren des Verbands.

London, 10. Dez. „Daily Mail“ meldet, die Verbündeten haben beschlossen, von Holland und Schweden die Auslieferung der deutschen Feldherren Falkenhayn und Ludendorff zu verlangen.

Auflösung der hessischen A. S. Räte.

Darmstadt, 10. Dez. Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat löst sich auf. An seiner Stelle wird ein Volkerrat für die Republik Hessen gebildet.

Chemnitz, 10. Dez. Bei den gestrigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz wurden bis jetzt für die Mehrheitssozialisten 78500 und für die Unabhängigen 6600 Stimmen abgegeben.

Braunschweig, 10. Dez. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Abschiebung der Matrosenabteilung und die Auflösung der Roten Garde abgelehnt.

Die bayerische Landesversammlung.

München, 10. Dez. Die Wahlen zur Landesversammlung finden am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird nach dem Verhältnisystem, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 180. Bisher waren es 163.

Der bisherige Generalkommissar von Fuchs hat folgende Erklärung erlassen: Die prov. Regierung hat die Wahlen für den neuen Landtag auf den 12. Januar 1919 ausgeschrieben. Der gesetzlich gewählte Landtag besteht noch zu Recht, da er nicht aufgelöst ist. Das Recht zur Auflösung besitzt die prov. Regierung nicht. Wenn sie sich gleichwohl ein solches Recht anmaßt, so muß die Vertretung des bisherigen Landtags feierlich Bewahrung dagegen einlegen, daß die Neuwahlen zum Landtag unter gesetzlicher Aufsicht der gesetzlich gewählten Landtags eingeleitet werden sollen.

Neues vom Tage.

Rückkehr unserer Ostafrikaner.

Paris, 10. Dez. Die Abfertigung der Schutztruppe des Generals v. Lettow-Vorbeck erfolgt auf englischen Schiffen und die Auslieferung voranschreitend in Rotterdam. Auf den dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesem Schiffe auch die Frauen, Kinder und schwerverkranken Männer aus Deutsch-Ostafrika heimbefördert werden, ist bisher eine Antwort nicht eingegangen. Ueber die Kapitulaton des Generals v. Lettow-Vorbeck hat die englische Regierung mitgeteilt, daß diesen Truppen gestattet wurde, die Waffen zu behalten.

Ententepolizei in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll, wie man im „Berliner Volksblatt“ liest, die Frage der Errichtung einer aus Ententetruppen bestehenden Militärpolizei in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Der „New Yorker Herald“ hält diese Entsendung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern werde. — Wilson äußerte während der Ueberfahrt gegenüber dem französischen Botschafter in Washington, er werde in Paris bemüht sein, seine Haltung mit den 14 Punkten in Einklang zu bringen. Am 15. Januar sollten die Konferenzen über den Vorläufigen Frieden unter Zulassung deutscher Unterhändler beginnen.

Verweigerung der Straßburger Universität.

Freiburg, 10. Dez. Wie die „Freiburger Tagespost“ erfährt, wurde der Pariser Professor Coulet zum Rektor der Straßburger Universität ernannt. Ihm wird das ganze Schulwesen in Elsass-Lothringen unterstellt. Die Tätigkeit des Oberschulrats hat damit aufgehört.

Poincare in Straßburg.

Straßburg, 10. Dez. (Havas.) Poincare ist in Begleitung von Clemenceau, Dubot und Deschanel hier eingetroffen. Der Bürgermeister ließ ihn willkommen und überreichte ihm die Schlüssel der Stadt. Poincare versicherte in seiner Antwort, daß Frankreich die Schlüssel Straßburgs in guter Obhut halten und sie sich niemals wieder von irgend jemand nehmen lassen werde. Poincare begab sich zum Münster, zur protestantischen Kirche und zur Synagoge, wo die Geistlichen ihre Ergebenheit für Frankreich beteuerten.

Die Engländer in Köln.

Köln, 10. Dez. Die Ortszeit ist nach der westeuropäischen Zeit eine Stunde zurückgestellt worden. Hier liegen jetzt die 9. und 29. englische Division und eine Kavalleriedivision, insgesamt 33.000 Mann.

Englisches Zugeständnis.

London, 10. Dez. In einer Verammlung sagte Lord Balfour, der zu Kriegsbeginn Kriegsminister war, England habe schon am 3. August 1914 um 11 Uhr vormittags mobil gemacht (36 Stunden bevor es an Deutschland den Krieg erklärte, und nach wenigen Stunden sei schon das englische Heer in Belgien gelandet worden. (Die Deutschen sind bekanntlich erst am 4. August vormittags in Belgien einmarschiert. D. Schr.)

Abkündigung der Militärdienstpflicht?

London, 10. Dez. (Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Abkündigung zur Friedenskonferenz gehen werde, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Kanada verlangt 4 1/2 Milliarden.

London, 10. Dez. Die „Times“ meldet aus Ottawa, daß der kanadische Finanzminister dem Premierminister genaue Einzelheiten über Kriegsausgaben Kanadas und die Summe, die zur Bezahlung der Kriegsversionen jährlich benötigt wird, gab, um die Rechnung, die Deutschland auf der Friedenskonferenz vorgelegt werden soll, aufzustellen. Die gesamten Kriegsausgaben bis 31. November werden auf 214 Millionen Pfund (4,28 Milliarden Mark), die Kosten von diesem Zeitpunkt bis zur Demobilisierung auf eine Million Pfund Sterling (20 Millionen Mark) geschätzt.

Die Großindustrie gegen die Vostrennung.

Düsseldorf, 10. Dez. Die Düsseldorfer Großindustrie erklärt, daß sie und die ganze rheinisch-westfälische Großindustrie mit den Plänen der Errichtung einer Sonderrepublik nichts zu tun habe.

Eine Ungeheuerlichkeit.

Wien, 10. Dez. Die „Neue Freie Presse“ bespricht die Ungeheuerlichkeit des Verbandsplans, die Auslieferung des gesamten Goldschatzes der deutschen Reichsbank zu verlangen. Sie erinnert daran, daß Bismarck und Nolte 1870 die Nichtigkeit des Einpruchs der französischen Regierung gegen eine Beschlagnahme des Goldes in den Zweigstellen der Bank von Frankreich, daß die Beschlagnahme ein Rechtsbruch sei, weil die Bank ein Privatunternehmen wäre, nicht bestritten, sondern die Rückhaltung des Goldes sofort angeordnet haben. Auch die deutsche Reichsbank sei ein Privatinstitut unter Aufsicht und Leitung des Staats. Ihr Kapital sei von den Zeichnern der Anteile aufgebracht worden, und trotz der Eigenart ihrer Verfassung trage sie die Merkmale einer privaten Notenbank genau so wie die Bank von England oder von Frankreich. Wenn ein rücksichtsloser Feind den Metallschatz wegschleppe, könne auch die Banknote kaum unberührt bleiben. Die Bankkraft falle, die Lebensverhältnisse würden drückend, der Mittelstand werde zerstört und Verarmung breite sich aus. Gegen solche Rechtswidrigkeiten werde sich das Gewissen aller Menschen, auch in den Verbündeten, aufheben. England habe geschworen, daß es für die Heiligkeit der Verträge ins Feld ziehe, und jetzt solle der Vertrag gebrochen werden, der dem Feinde verwehrt, sich des Privateigentums zu bemächtigen. Auch für die Banken von Frankreich und England sei es nicht gut, in Vergessenheit zu bringen, daß es Gold Privatigentum sei.

Verständigung der Türkei.

London, 10. Dez. (Manchester Guardian) meldet, daß Vertreter der Briten in Athen eine vorläufige Regierung gebildet haben. Die Mitglieder dieser Regierung wurde den Alliierten mitgeteilt. Die britische Regierung haben den Empfang dieser Mitteilung bestätigt. Dem „Manchester Guardian“ zufolge waren in einem in London abgeschlossenen Geheimvertrag Smyrna und das Vilajet Widin Italien verprochen worden. Italien hat sich infolge des diplomatischen Vorgehens von Venizelos mit Entschädigungen an anderer Stelle zufrieden gegeben, wenn Smyrna nicht an Griechenland falle.

Lloyd Georges „gerechter Friede“.

London, 10. Dez. (Reuter.) In einer Trauerverammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen: Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muß ein gerechter Friede sein: die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht, denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen. Die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Unser Urteil muß darauf anfallen, daß Könige, Kaiser und Kronprinzen für alle Ewigkeit wissen, daß, wenn sie Verdrachtheit dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird. Auch das deutsche Volk muß zur Verantwortung gezogen werden. Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft einen Krieg anzufangen dürfen. Der Zustand von Kleinfürstentümern, die zum Kriege verleiten und die Herrscher in Verdrachung bringen, darf hierfort nicht mehr gestattet sein. Auf eine Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgeschlossen werden sollen, sagte Lloyd George: Ich lade die Fragestellerin versichern, daß auch die Kaiserin darunter nicht sei. Ich habe wiederholt gesagt, daß nach meiner Ansicht diese Leute die Göttergötter mißbraucht haben und daß man ihnen nicht neuerlich Gelegenheit geben darf, dies zu tun.

Newport, 10. Dez. Ein drahtloses Telegramm des Dampfers „George Washington“, auf dem Präsident Wilson nach Frankreich fährt, berichtet, daß das Schiff infolge schweren Seeganges nur 17 Knoten macht. Es wird am 13. Dezember in Vrest eintreffen.

Roosevelt soll laut „Post-Zeitung“ geäußert haben, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von der Entente noch von dem amerikanischen Volk angenommen werden und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika werde sich mit der zweitgrößten Flotte begnügen, ebenso wie es nicht beanspruchen könne, eine ebenbürtige Armee zu unterhalten wie Frankreich.

Washington, 10. Dez. Reuter meldet, Wilson werde nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen.

Vertagung des Nobelpreises.

Christiania, 10. Dez. Das Nobelpreiskomitee hat keinen Anlaß, an die vorgeschlagenen Kandidaten den Nobelpreis für 1918 zu verteilen. Der Preisbetrag bleibt deshalb den Stützungsregeln gemäß für das nächste Jahr vorbehalten.

Krieg zwischen Chile und Peru?

Rotterdam, 10. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Newport: Da die Möglichkeit eines Krieges zwischen Chile und Peru immer drohender wird, haben die Vereinigten Staaten auf diplomatischem Wege einen dringenden Appell an die Regierungen dieser beiden Länder gerichtet und wenn möglich werden die Vereinigten Staaten ihre guten Dienste anbieten.



Das Schloss „Het Huis te Amerongen“ bei Utrecht, in dem Kaiser Wilhelm interniert ist.

Die Ermordung der Zarenfamilie.

Das Blatt „Golos Nijem“ berichtet, daß bei der russischen Revolution die General-Gräfin Maria-Jewgeniewna ankam, der folgende Einzelheiten über die Ermordung der Zarenfamilie berichtet. Die ganze Familie wurde erschossen, der Zar, der Kronprinz, die Gräfin Alexandra Feodorowna, die Großfürstinnen Tatjana, Olga, Maria und Anastasia. Zugleich mit der Zarenfamilie wurden Dolgorow, der Leibarzt Volkin, die Vorkleiderin Schneider und andere Personen des Hofes erschossen. Der Kammerdiener des Zaren wurde kurz vorher von Bolschewisten verhaftet und kam ins Gefängnis. Dank diesem Umstand gelang es ihm, sich vor der Erschießung zu retten und wertvolle Aussagen zu machen, die die Welt über dieses Ereignis aufklären. Die letzten Wochen vor der Ermordung wurde die ganze Familie des Zaren in einem Zimmer gefangen gehalten, wo ihnen ein einziges Bett zur Verfügung stand, auf dem Alexandra Feodorowna schlief. Die übrigen Mitglieder der Familie waren gezwungen, auf hartem Boden ohne jede Unterlage zu schlafen. Im Zimmer

befand sich Tag und Nacht eine Wache der Roten Garde. Die Gefangenen aufseher setzten die Gefangenen unausgesetzt Beleidigungen aus. Keinen Augenblick blieb weder der Zar noch seine Familie ohne Aufsicht. Oft zwangen die Wächter die Gefangenen mitten in der Nacht und zwängen sie, auf die frechsten und gemeinsten Fragen zu antworten. Den unentgeltlichsten Beleidigungen waren besonders die Großfürstinnen ausgesetzt. Bei seinen Aussagen vor der Untersuchungskommission sagte der Kammerdiener des Zaren, daß der Tod für die ganze Familie eine Erlösung gewesen sei.

Die Hinrichtung verlief folgendermaßen: In der Nacht zum 17. Juli teilte Kommissar Andrejew den Gefangenen mit, daß sie erschossen würden, worauf sie in einen Keller gebracht, an die Wand gestellt und erschossen wurden. Auf die letzte Bitte des Zaren wurde er mit dem kranken und ermatteten Thronfolger auf dem Arm erschossen. Die Großfürstin Tatjana Nikolajewna, die durch mehrere Kugeln verwundet worden war, wurde mit dem Gewehrkolben erschlagen. In der gleichen Nacht brachte man die Leichen aus Zekaterinburg, wo die Tat begangen wurde, weg und verbrannte sie 40 Werst von der Stadt entfernt. Der Kammerdiener des Zaren fand unter der Hölle einen großen Diamanten, der der Großfürstin Olga gehörte. Der Stein war von dem Kammerdiener des Zaren in die Kleider der Großfürstin eingeklebt worden.

Die näheren Umstände dieser schrecklichen Tat wurden durch eine von der sibirischen Regierung ernannten Untersuchungskommission festgestellt. In dieser Kommission gehörten zwei Universitätsprofessoren aus Tomsk, sowie Vertreter der Gerichtsbehörden aus Tomsk I und Zekaterinburg. Die Polischewiki selbst berichteten schon am nächsten Tage von der Ermordung des Zaren. Der Tod der übrigen Familienmitglieder wurde aber geheimgehalten. Im Keller, wo die Erschießung erfolgt war, wurden die Kugelsplitter an den Wänden überhäuft. Dessen ungeachtet gelang es der Kommission, alles aufzuklären.

Ungefähr um dieselbe Zeit wurden in Wolopajewsk und in Perm die Großfürsten Johann und Igor Konstantinowitsch, Sergiej Michailowitsch und eine große Reihe ihnen nahestehender Personen ermordet. Es ging das Gerücht um, daß die Großfürstin Elisabeth Feodorowna lebe und sich im Ural aufhalte. Ueber den Verbleib des Großfürsten Michael Alexandrowitsch sind weder im Ural noch in Sibirien Nachrichten vorhanden.

Der „Manchester Guardian“ erhält unter dem 28. November aus Petersburg Nachrichten, über die dort herrschende Hungersnot. Der Bericht ist erbarmungswürdig. In den Türen der Restaurants flaut sich eine Menge von Bettlern, meist den Klassen der Aristokratie und der früheren Offiziere angehörend, um die Ueberbleibsel der Mahlzeiten der vom Glück begünstigten Bolschewisten und der neuen Reichen entgegenzunehmen. Alle diese Leute haben siebrige Augen und eingefallene Gesichter. Täglich fallen Hunderte von ihnen auf offener Straße der Erschießung zum Opfer. Man berichtet, daß Leute, die nichts zu essen haben, die Bekanntmachungen von den Mauern ablesen, um den Klebstoff davon abzulecken. Andere essen den Hafer, den sie aus dem Straßenschutt herauslesen.

Dabei ist es ohne Interesse, festzustellen, daß der Korrespondent des „Manchester Guardian“ Arthur Naujome ist, der ein warmer Verteidiger der Bolschewisten war und der zu verschiedenen Malen Berichte einsandte, die die Verdienste des durch die Volkskommission eingeführten Systems rühmten. Man darf daher annehmen, daß diese Schilderung der Lebenshaltung in Petersburg nicht in vorerzogenem Sinne die Dinge zu schwarz malt.

Poincare in Metz.

Metz, 9. Dez. Präsident Poincare ist heute hier eingetroffen und festlich empfangen worden. Nachmittags reiste er nach Straßburg ab.

Hohenalza, 9. Dez. Der hiesige S.-Rat beschloß einstimmig die Ablegung seiner beiden Vorsitzenden Burghard und Dr. Schröder, die durch ihre Polenfreundlichkeit besonders Anstoß beim Deutschtum erregten.

Baden.

(-) **Mannheim, 10. Dez.** Die Generalversammlung der Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation, Waghäusel & Sittlingen beschloß die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent, bei einem Reingewinn von 1.450.000 M.

(-) **Mannheim, 10. Dez.** Die 66-jährige Johanna Schuster und ihre verheiratete Tochter Katharina Brucker betrieben in Mannheim unter dem Namen „zum Himmelreich“ eine Animierkneipe. Verheiratete Frauen walteten dabei als Animierweiber ihres Amtes und nahmen den Gästen große Summen ab. So wurde einem Gasmeister, der 200 M. unterschlagen hatte, eine Beche von 1700 M. aufgeschneidelt. Frau Schuster erhielt von der Strafkammer 4 Monate, Frau Brucker 5 Monate Gefängnis, beiden Frauenzimmern wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt, sodah sie also an den in der nächsten Zeit stattfindenden Wahlen nicht teilnehmen können.

(-) **Wahl, 10. Dez.** Hier tagte eine von über 300 Personen besuchte Versammlung von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrern des Amtsbezirks, die nach einem Referat des Oberamtmanns Böller auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Bender eine Entschliessung faßte, nach der die Beamtenschaft verlangt, daß auch ihre Stimme gehört wird. Ein Beamtentrat wurde beauftragt, die Gründung gleicher Organisationen in anderen Bezirken und deren Zusammenfassung in einem Landesbeamtentrat anzuregen.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Versammlung der Arbeiterräte.) Im Landtagsgebäude traten gestern die Delegierten der Arbeiterräte des Landes, etwa 150 Personen, zusammen. Die Delegierten erhalten für die drei Sitzungstage 15 Mk. pro Tag und außerdem für entgangenen Arbeitsverdienst 10 Mk. pro Tag. Nachdem diese Frage erledigt war, sprach Ministerpräsident Blos über die Aufgaben und Arbeiten der neuen Regierung. Die Lage sei in mancher Beziehung unklar. An unserer Grenze sehe drohend der Feind und laute auf eine Gelegenheit zu weiteren Maßregeln und es gebe gewisse Kreise, die ein Einrücken des Feindes in unser Land ganz gerne sehen würden. Er hoffe aber, daß es so weit nicht komme. Es sei aber notwendig, daß sich alle in die neue Lage hineinfinden, aber auch alle Kraft zusammenfassen, um aus dieser Lage wieder herauszukommen. Die nächste Aufgabe sei die, daß die Landesversammlung zustande komme. Wir haben ein Wahlgesetz, wie es radikaler nicht gedacht werden könne. Aus dieser Wahl werde eine sozialistische Mehrheit hervorgehen, die die Errungenschaften der Revolution erhalte. Der sozialistische Geist müsse bei der Neugestaltung der Dinge in Württemberg maßgebend sein. Wir müßten uns an die Reichsregierung anschließen, soweit es die besonderen Verhältnisse Württembergs gestatten. Die Erklärungen seien in Berlin in großem Maßstabe in Angriff genommen worden; und auch das württ. Arbeitsministerium habe die Vorarbeiten eingeleitet. Nachdem die Revolution eine 800jährige Monarchie über Nacht gestürzt habe, sei es nicht so leicht, alles wieder so rasch und schön in Gang zu bringen; ein wenig Geduld müsse man auch hier haben. Er sei überzeugt, daß wir dem Umsturz gewachsen seien, wenn wir einzig bleiben. Der Sozialismus müsse diesmal siegreich aus der Revolution hervorgehen.

Genosse Fried sprach im Auftrag des Stuttgarter Soldatenrats die bezeichnende als die Aufgaben der Soldatenräte, die jegliche prov. Regierung zu stützen, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, die zumteil sehr verbelebten Festtruppen über die Umwälzung aufzuklären und die Soldaten mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Genosse Bernick erstattete Bericht über die vor 14 Tagen stattgefundene Sitzung des Stuttgarter Arbeiterrats und gab seiner Meinung Ausdruck, daß die Machtverhältnisse zwischen Kapitalismus und Proletariat in den feindlichen Ländern zu verschiedenartig verteilt seien, als daß das dortige Proletariat daran denken könne, in absehbarer Zeit die herrschenden Klassen zu beseitigen. Die Sozialdemokratie werde die politische Macht nicht behalten, wenn wir uns gegen eine Volksabstimmung über das neue Regierungssystem freizien.

Genosse Unfried (Unabh. Soz.) berichtete über die Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. Seine Ausführungen über das Wesen und die Aufgaben der Arbeiterräte lösten mehrmals scharfen Widerspruch der Versammelten aus. Er bezweifelt, ob die Wahlen eine sozialistische Mehrheit bringen werden; denn es sei unmöglich, in so kurzer Zeit die Gedanken des Sozialismus in jede kleine Hütte hineinzutragen. Der größte Teil der Bevölkerung stehe heute noch unter der Macht der Bourgeoisie und unter der Fuchtel des Kapitals. Die Kapitalisten, Grundbesitzer, Bankier, Wucherer und Pfaffen seien als Schmarotzer und Verräter am Volk auszuschließen von der Mitarbeit an der neuen Staatsform. Ihre Macht müsse durch die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebrochen werden.

Bei der sehr ausgedehnten Aussprache gab der Vorredner Bernick bekannt, daß die gestrige Delegiertenversammlung des Stuttgarter Arbeiterrats sich mit der Frage der bürgerlichen Presse befaßt und im Einvernehmen mit dem Landesauschuss beschloffen habe, daß die Pressefreiheit durch die prov. Regierung gewährleistet werde, daß sie aber nicht mißbraucht werden dürfe zur Beschädigung der Errungenschaften der Revolution z. B. durch Behauptungen, die Arbeiterräte hätten 800 Millionen Mark unnötig verausgabt, sowie durch gefälschte Anschuldigungen und Kländerungen. Wenn die Presse mit solchen unwahren Behauptungen fortfahre, so solle die betr. Zeitung zunächst auf acht Tage verboten werden. Ein entsprechender Antrag soll der Regierung überwiesen werden, die Mittel Wege finden soll, damit die bürgerliche Presse die Sozialdemokratie nicht weiter bekämpfe. Der Versuch, ein gemeinsames Wahlprogramm der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten für die kommenden Wahlen aufzustellen, scheiterte daran, daß die Unabhängigen erklärten, daß sie Gegner der Nationalversammlung seien.

Ein vom Bezirk Ludwigsburg gestellter Antrag auf eine frühzeitigere Verlegung der Wahltermine für die Reichs- und Landesversammlung (womöglich in die 1. Hälfte des Jahres) wurde mit 62 Stimmen gegen ca. 30 angenommen. Nach einem weiteren Antrag sind die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den öffentlichen Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Gewerkschaften zur Mitarbeit und Kontrolle der Beschlüsse heranzuziehen. Schließlich protestierte die Linke der Versammlung, daß sie heute zu wenig zum Wort gekommen sei. Nach einem anderen Antrag soll der Landesverwaltungs-Ausschuss, so wie er jetzt besteht, durch weitere 5 Vertreter aus dem Lande verstärkt werden.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Die Heimkehr.) Das 1. württ. Landsturmbataillon Stuttgart ist ganz in der Stille vor einigen Tagen mit 214 und zwei Kompanien eingetroffen. Das 2. Btl. des Landw.-Inf.-Regt. 121 ist nach schwierigem Marsch über die transsylvanischen Alpen in Selldorf bei Kronstadt wohlbehalten mit der ganzen Bagage eingetroffen.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Regelung der Offiziersverhältnisse.) Der württ. Gesandte in Berlin hat von der prov. Regierung den Auftrag erhalten, bei der Reichsregierung eine Regelung der Offiziersverhältnisse anzuregen.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Gegen die Weinlenerung.) Die Stuttgarter Wirte lehnen in einer Entschlieung jede Verantwortung für die unnatürlich hohen Weinpreise ab und machen dafür die Weingärtner und ihre Ratgeber verantwortlich. Dem Mangel an Wein soll durch Zulassung fremder Weine abgeholfen werden.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Der Gelddiebstahl.) Wie bereits berichtet, wurde am Sonntag, den 1. Dezember aus dem ersten Stockwerk des Hauses Sonnenbergstr. 5 B eine Blechkasse mit 2500 Mk. Papiergeld und Wertpapieren im Gesamtwert von rund 500 000 Mk. gestohlen. Der Bestohlene hat eine Belohnung von 10 000 Mk. auf die Verbringung der Wertpapiere ausgesetzt.

(-) Stuttgart, 9. Dez. (Brandschaden.) Der Sachschaden, der durch den Brand in dem Kraftwagenpark bei den Daimlerwerken entstanden ist, beträgt etwa 60 000 Mark.

(-) Untertürkheim, 9. Dez. (Hafen diebstahl.) In der Nacht auf Sonntag versuchten drei junge Burichen einen Hasenfall bei einem Hause der Cannstatterstraße zu erblich en, wurden aber durch die Eigentümer bei der Tat erwischt. Da sie ihre Verfolger mit Messer bedrohten, gelang es ihnen, die Flucht zu ergreifen. In der Erregung gab einer der Verfolger drei scharfe Schüsse aus einer Pistole auf die Flüchtigen ab und traf einen von ihnen in den Unterleib.

(-) Wurzach, 9. Dez. (Weiz?) Das hiesige Schultheissenamt gibt bekannt, daß vergangene Woche hier einquartiert gewesenen durchziehenden Truppen von einigen Quartiergebern nicht einmal warmer Kaffee, geschweige sonst etwas verabreicht worden sei. Bei Wiederholung solcher Vorkommnisse sollen die Namen der betreffenden Quartiergeber veröffentlicht werden.

(-) Vom Bodensee, 9. Dez. (Fischerei.) Der Felsenfang am Untersee mußte vor der Zeit beendet werden, da der Fang so ungünstig wie noch selten ausgefallen ist. Die Schuld liegt daran, daß man mit dem Fang 8-14 Tage zu spät begonnen durfte. Ein seltener Fang wurde von einigen Reichenauer Fischern gemacht, die eine Brachstrolche im seltenen Gewicht von 2 1/2 Pfund mit dem Stielnetz fingen.

(-) Stuttgart, 10. Dez. (Aus dem Parteilernen.) In einer Mitgliederversammlung der national-liberalen Partei im Stadtparksaal sprach gestern abend Regierungsdirektor v. Hieber über die Ueberführung der Partei in die Deutsche demokratische Partei. Er sagte, so führte er aus, wollen die vollständige Demütigung, ja die Vernichtung des Reichs. Das alte Deutschland sei zertrümmert; in Sturm und Drang soll ein neues geboren werden. Da dürfen die Nationalliberalen nicht tatenlos zusehen. Sie müssen an der Wiederherstellung der Ordnung und eines geordneten Zustands, an dem Friedensschluß kräftig mitarbeiten. Beides könne nur durch die Landes- und Nationalversammlung geschehen. Die jetzige Regierung beruhe auf der Herrschaft einer Klasse. Die Beschlussfassung des ganzen Volks über wichtige Vorläge der Regierung, das Referendum, sei als Fortschritt zu begrüßen. Bei dem neuen Wahlverfahren könne niemand parteilos sein. Die gebildeten Schichten des Volks haben hier schwere Versäumnisse nachzuholen. Der organisatorische Wille der Volksmehrheit müsse für die Staatsverfassung maßgebend sein. Dieser Gedanke habe bisher den liberalen und demokratischen Staatsgedanken von der konservativen Partei unterschieden; zwischen den Konservativen und den Demokraten sei daher jetzt für eine liberale Partei kein Raum mehr. Die letzten Wurzeln der Revolution seien in der Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu sehen, den national-liberalen Gegnern des Wahlrechts. Der Vorwurf der Kurzsichtigkeit nicht zu erwidern. An die Wiederherstellung der Monarchie sei nicht zu denken; an ihre Stelle trete notwendig der freie Volksstaat. Leider habe der Abschluß des Kriegs auch den alten Fehler des Partikularismus wieder aufleben lassen. Die Frage der Reichseinheit werde eine der wichtigsten in der Nationalversammlung sein. Durch das gewalttätige Treiben der Spartakusleute sei bisher nur ein Verhör der Reichseinheit erreicht worden. Es zeuge n gegendem Sinn, wenn in Württemberg die Spartakusgruppe wenig aus Tageslicht gekommen ist. Ohne Reichseinheit wären unsere materiellen Interessen auf schwerste bedroht. Ein Lichtblick sei das Bestreben Deutsch-Oesterreichs, sich dem Reich anzuschließen. Die Vereinigung möglichst vieler Deutschen sei aber nur auf demokratischen Wege möglich. Gismards Wert sei dahin, daß man als Tatsache hinnehme. Die neue Partei wolle eine Stätte politischer Schulung sein. Dem Weltkrieg dürfe man nicht einen Kulturkampf folgen lassen. Die Methode Frankreichs nach 1871 reize nicht zur Nachahmung. Nicht romanische Völker, sondern die germanischen sollen uns ein Vorbild sein. — Nach der Rede wurde in einer einmütigen angenommenen Entschlieung die rascheste Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung und der Landesversammlung und zwar vor dem von der Regierung anberaumten Zeitpunkt verlangt.

op. Stuttgart, 9. Dez. (Erklärung.) Der Stuttgarter Gesamtkirchengemeinderat hat folgende Erklärung beschlossen: Der Kirchengemeinderat hofft, daß die Neuordnung nicht eine Zerstörung, sondern eine Kräftigung des kirchlichen Lebens zur Folge hat. Eine vollständigere Verfassungsform unter stärkerer Mitwirkung der Laien wird ihr helfen, ihre Aufgabe an unserem Volk wirksamer zu erfüllen. Es wird erwartet, daß die Landesversammlung die Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat im Geist der Gerechtigkeit und Billigkeit vornehmen wird. — Das vom Staat einst erjogene Landeskirchenermögen (Kirchengut), dessen Minderstattung in der Verfassung gewährleistet ist, muß wieder ausgedehnt bzw. der Kirche in Form einer ihren heutigen Bedürfnissen entsprechenden Rente ersetzt werden; der konfessionelle Religionsunterschied muß ein Unterrichtsrecht im Lehrplan der öffentlichen Schulen bleiben; die Kirche muß die Stellung ei-

ner öffentlich-rechtlichen Körperschaft behalten, um ungehindert ihre Wirksamkeit im Volksleben entfalten und durch eine Landeskirchensteuer ihre weiteren Bedürfnisse decken zu können.

(-) Weinsberg, 10. Dez. (Gegen den Patronatsheeren.) Der Arbeiter- und Soldatenrat in Weinsberg hat an den dortigen Patronatsheeren, den Fürsten Löwenstein-Freudenberg u. a. folgende Forderungen, die auch der provisorischen Regierung unterbreitet wurden, gestellt: Unentgeltliche Abtretung des Schlosses und der Burg zu Gemeindezwecken, Herausgabe sämtlicher in diesem und im vorigen Jahrhundert innerhalb der Gemeinde angekauften Grundstücke zum Ankaufspreis, Aufhebung des Patronatsrechts und der Quartierfreiheit, Zahlung des Wasserzinses mit Rückwirkung auf 1906, Abtretung der Fischereirechte. Der Rat soll auf die Forderungen, denen sich noch einige anreihen, bis zum 15. Dezember Antwort stehen.

(-) Calw, 10. Dez. (Ein unehrlicher Soldat.) In Leonberg wurde am Freitag der Sergeant Megger, der in Calw als Soldatenrat unliebsames Aufsehen erregt hatte, verhaftet, weil er laut „Calwer Tagblatt“, in einer hiesigen Wirtshaus einen Dienstmantel entwendet und sich auch eine Taschenuhr angeeignet hatte, die er weiter veräußerte. Außerdem wurden bei ihm verschiedene andere Bekleidungsstücke gefunden, über deren Herkunft er sich nicht ausweisen konnte.

(-) Neuenbürg, 9. Dez. (Müßtritt.) Nach 33-jähriger Amtstätigkeit legt Stadthauptmann Eugen Kauffmann sein Amt auf 1. Januar 1919 nieder.

(-) Ulm, 10. Dez. (Schülerrat.) Ein Schüler namens Nathan berief, wie der „Schwäb. Volksbote“ berichtet, eine Versammlung der Schüler der höheren Lehranstalten hier ein um einen Schülerrat zu gründen. Die Schüler des Gymnasiums entzieten sich geschlossen aus der Versammlung mit der Erklärung: Wir sind mit dem zwischen Lehrern und Schülern bestehenden Verhältnis zufrieden und haben keinen Anlaß, eine Änderung zu wünschen. Die anderen Schüler dagegen stellten nach längeren „Verhandlungen“ verschiedene Forderungen auf, darunter die folgende, die eines gewissen Reizes nicht entbehrt: Anwesenheit einzelner Schüler bei den Lehrerprüfungen, namentlich bei den sog. Vereidigungsprüfungen. Als „Gegenleistung“ wollen die Schülerräte in gütiger Weise für Zucht und Ordnung sorgen.

(-) Von der bahr. Grenze, 10. Dez. (Billige Pferde.) Bei der Versteigerung von 76 Militärpferden in Nördlingen wurde ein Durchschnittspreis von 60 Mk. pro Stück erzielt; der niedrigste Preis war 5 Mk., der höchste 270 Mk. Es waren meistens kleine ungarische Pferde mit gesunden Gliedern. Käufer waren hauptsächlich Handelsleute und Megger.

Programm der Württ. Bürgerpartei.

Die neu gegründete Württembergische Bürgerpartei erklärt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Unter solches deutsches Reich, das Lebenswerk unfreies Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphierten. Das Gebot der Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Württembergischen Bürgerpartei vollziehen. Das Programm der Partei enthält folgende Forderungen:

- 1. Verfassungs- und auswärtige Politik: Geordnete, starke und gesicherte Staatsregierung im Land und im Reich. Die Partei ist bereit, auf dem Boden der Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen. Jede Diktatur oder Bevorzugung einzelner Volksklasse wird zurückgewiesen; alle Bürger und Stände sollen gleichmäßig an der Gesetzgebung und Vollziehung beteiligt sein. Der Reichsgedanke wird bei voller Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten gewahrt. Baldiger Abschluß eines Friedens. Jeder Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden wird abgelehnt. Allergrößte Beschleunigung der Landes- und Reichsversammlung. Ablehnung jedes Internationalismus.
- 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik: Echte deutsche Arbeit in Stadt und Land soll geschützt und der Aufstieg der Begabten und Tüchtigen aus allen Ständen mit allen Kräften gefördert werden. Der Bauer nst und als der Jungbrunnen der deutschen Volkskraft und als die sicherste Quelle unserer Ernährung soll kräftig und gesund erhalten, das Handwerk wie der ganze gewerbliche und kaufmännische Mittelstand gestützt werden. Erhaltung des Privateigentums und der Privatwirtschaft. Abbau der Zwangswirtschaft und die baldige Beseitigung der Kriegsgesellschaft. Ausbau der Sozialpolitik, Koalitionsrecht für Angestellte und Arbeiter, Förderung des Kleinwohnungsbaus mit allen Mitteln. Hilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Aufteilung geeigneten Großgrundbesitzes namentlich für Kriegsteilnehmer zum Zweck kleinbäuerlicher Siedelung. Enteignungen sind zu entschädigen. Wahrung der gesetzlichen Ansprüche der Beamten, Offiziere und Unteroffiziere, der Geistlichen, Lehrer und staatlichen Angestellten und Arbeiter, sowie deren Hinterbliebenen. Bei Besetzung der Beamtenstellen soll nur die Tüchtigkeit des einzelnen maßgebend und jede Parteipolitik und Parteimotivität ausgeschlossen sein.
- 3. Finanzpolitik: Zweckmäßige Ausgleichung der ungeheuren Steigerung der Steuerlast zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden. Gerechte, der Leistungsfähigkeit angepaßte Verteilung unter Berücksichtigung der Kinderzahl. Scharfe Erfassung der Kriegsgewinne. Kleinbürgerliches Vermögen ist zu schonen. Der Verschleppung des Kapitals ins Ausland ist mit allen Mitteln vorzubeugen. Verhinderung der indirekten Steuern, insbesondere auf entbehrliche Genussmittel, Aushebung der Luxussteuern bei dem Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Schluß der Kriegsanleihen, Bankguthaben und Sparkasseneinlagen.
- 4. Kulturpolitik: Freiheit der Person und der Meinungsäußerung. Freiheit der Wissen-



schaffen sind verfassungsmäßig anzulegen. Gewissensfreiheit. Der Staat hat sich jedes Eingriffs ins kirchliche Leben zu enthalten. Etwasige Ausschreibung der Kirchenvermögen ist in gerechter und wohlwollender Weise durchzuführen. Zeitgemäße Fortentwicklung des Schulwesens. Religiöse Erziehung der christlichen Jugend, ohne Gewissenszwang Andersdenkenden gegenüber, Schutz der Ehe und der Familie, Kampf gegen die sittliche Verwilderung des Volks. Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, unter voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung.

Entlassung der Jahrgänge 1896/97. Wie das Kriegsministerium in Berlin mitteilt, wird mit der Klaffung des Jahrgangs 1896 voraussichtlich Anfang Januar begonnen werden können, auch der Jahrgang 1897 soll womöglich noch im Januar in die Heimat entandt werden. Bezüglich der Jahrgänge 1898 und

1899 werden die Entlassungen dann gefast werden können.

Goldene Dentmünzen, die der Reichsbank mit dem Rechte des Rückkaufs überlassen waren, werden dem Eigentümer schon jetzt wieder zur Verfügung gestellt.

Besserung der Brotversorgung. Da infolge des frostfreien Wetters die Kartoffelernte rascher beendet wurde, als zu erwarten war und dadurch viele Arbeitskräfte freigegeben sind, konnte mehr Getreide eingeliefert werden, sodass die Brotversorgung über den 7. Februar hinaus gesichert ist, wenn der Güterverkehr aufrecht erhalten werden kann. Die Annahme, daß von der früheren Regierung falsche Angaben über die Vorräte gemacht worden seien, ist unzutreffend. Empfindlichen Verzögerungen der Ablieferung sind nach amtlicher Bekanntgabe durch die Grippekrankheit, die erschwerten Transportverhältnisse und die politischen Ereignisse verursacht worden.

Fettabgabe bei Hauschlachtungen. Amtlich wird daran erinnert, daß nach der Verordnung vom 19. Oktober 1917 bei Hauschlachtungen von Schweinen an Speck und Fett abzulefern ist: bei Schweinen von mehr als 120-140 Pfund Gewicht 2 Pfund, bei mehr als 140-160 Pfund - 4 Pfund, bei mehr als 160 Pfund für weitere angefangene 20 Pfund je 1 Pfund weiter. Im Wirtschaftsjahr 1917/18 sind aus Hauschlachtungen 44 203 Zentner Speck und Fett bei den Sammelstellen eingegangen, die an Rüstungs-, Schwer- und Schwerstarbeiter und an Kommunalverbände verteilt wurden.

Druck und Verleger: H. Gotmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Oberamt Neuenbürg.

Anhebung der Fleischlosen Wochen

vom 16. bis 22. Dez. 1918 und vom 6. bis 12. Jan. 1919

Der Vorstand der Reichsfleischstelle hat nach einer Mitteilung der Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern beschlossen, die für die Zeit vom 16. bis 22. Dez. 1918 und vom 6. bis 12. Januar 1919 vorgesehenen Fleischlosen Wochen aufzuheben. Es wird also auch in diesen Wochen Fleisch in der gleichen Menge wie seither abgegeben und zwar in der Woche vom 16. bis 22. Dez. 1918 gegen die auf der Reichsfleischkarte enthaltene Bezugsmarkte für die in der Fleischlosen Woche vom 16. bis 22. Dez. 1918 an Stelle der gesetzlichen Wochenfleischmenge zu reichenden Ersatzlebensmittel. Die Bezugsmarkte ist nur gültig im Zusammenhang mit dem Stammabschnitt. Für die auf den Rinderkarten enthaltenen Bezugsmarkten, die kleiner sind als diejenigen der Volkarten, wird nur die halbe Menge Fleisch, also 75 Gramm gegeben. Personen, die auf Verköstigung in Wirtschaften angewiesen sind, können bei den örtlichen Fleischanweisungsstellen ihre Bezugsmarkten in Wochenfleischkarten umtauschen. In der Woche vom 6. bis 12. Januar ist das Fleisch gegen die ordentlichen Fleischmarkten dieser Woche zu beziehen. Die (Stadt-)Schultheißenämter werden veranlaßt, hienach das Weitere einzuleiten und die Einwohnerschaft in ortsüblicher Weise zu verständigen.

Den 28. November 1918. D. N. Gaiser.
Mit der Bitte um Beachtung bekannt gemacht.
Wildbad, den 4. Dezember 1918.
Stadtschultheißenamt: Wagner.

Fleischkarten.

Die Fleischkarten sind eingetroffen und werden am Donnerstag zwischen 10 und 4 Uhr abgegeben.
Stadt. Lebensmittelamt

Kaffeersatzmittel.

Auf Lebensmittelmarkte 16 werden 200 gr. Kaffeersatzmittel abgegeben.
Liste-Schluß Donnerstag abend.
Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung des Arbeiterrats Wildbad.

Nachdem der Arbeiterrat Wildbad seitens der hiesigen Stadtverwaltung die Zusage erhalten hat, daß eine ständige Kontrolle über die Lebensmittel-Ausgabe etc. aufrecht erhalten bleibt, hat der Arbeiterrat Wildbad auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Bankdirektor Rath, einstimmig beschlossen, seine Tätigkeit einzustellen und sich aufzulösen. Hierdurch dürfte auch die Notwendigkeit der Aufstellung eines Bürgerrats wegfallen.

Der für die hiesigen Bazarette, Katharienenstift, Militär-Krankenanstalt und Krankenhaus aufgestellte Soldatenrat wird sich auf rein militärische, interne Angelegenheiten der genannten Anstalten beschränken.

i. A. Fritz Rath
Bankdirektor.

Die hiesige

Kleinkinder-Schule

gedenkt am Samstag, den 21. Dezember, abends 4 Uhr ihre Christfeier in der evang. Stadtkirche abzuhalten. Gaben für die Kleinkinderschule werden von Frau Stadtschultheißen Bäuer, den Schwestern und dem Unterzeichneten dankbar entgegengenommen.

Stadtpfarrer Köster.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Schwager und Onkel

Emil Keppler

im Alter von 65 Jahren am 4. Dezember in Reutlingen gestorben ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Robert Keppler
Karl Hammer
Mina Carle, geb. Hammer.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen wir

zinstragende Scheck- und laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.

Großer Weihnachtsverkauf in Spielwaren

von Rich. Pfannstiel, Wildbad, Wilhelmstraße 110.

Größte Auswahl gekleideter Puppen, auch m. Cell-Köpfen Einzelne Puppenteile.

Wägel, Köpfe, Arme, Beine, Fisuren, Schuhe, Strümpfe. Reichhaltiges Lager in eleganten Puppenkleidern und Hüten in allen Größen, sowie auch Baby-Kleidung.

Kaffe-Geschirr, auch unzerbrechlich. Koch-Herde und Koch-Geschirr, für Puppenküchen in großer Auswahl, Puppenmöbel und Garnituren.

Soldaten, einzeln und in Cartons, Gewehre u. Säbel, Mägen von 1.50 an.

Stichkästen und Nähkästen in allen Preislagen.

Beschäftigungs- sowie Gesellschaftsspiele, in großer Auswahl! Bilderbücher, Malbücher, Farbkästen, Wandstifte

Baukästen aus Stein, Holz und Metall Nähstühlen in Holz mit und ohne Einrichtung in jeder Preislage.

In Christbaumschmuck

reich sortiertes Lager Empfehlung passende Weihnachtsgeschenke in Lederwaren, Geldbeuteln, Damentaschen und Beuteln etc. Mod. Bri-papier-Cassetten in schöner Auswahl. Große Auswahl in Schmucksachen und Haarschmuck! Bitte meine Auslage im Hause des Herrn Ruhn zu beachten.

Verkauf nur in meinem Laden Wilhelmstraße 110.

Blaufelchen

sind eingetroffen

Adolf Blumenhal.

Geschäfts-Kaufgesuch!

Materialwaren- oder Papier- und Geschenkartikel oder dergl. Geschäft auch mit Grundstück in geschütztem gelegenen Ort baldmöglichst zu kaufen gesucht. Beste Angebote mit Preisangabe u. Z. J. 7361 an Rudolf Moser, Leipzig erbeten.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft, insbesondere meiner werthen Rundschaft zur gest. Kenntnis, daß ich, vom Heeresdienst entlassen, meine

meh. Schreinerei

wieder eröffnen werde und bitte meine frühere Rundschaft um Ihr ferneres Vertrauen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Gisele.

Bau- und Möbel-Schreinerei.

Kaisernatron

(feinstes verbessertes Doppelsoda) zum vielseitigen praktischen Gebrauch für das Militär, beste Hilfe beim Baden, Kochen und Einmachen ist zu haben bei Carl Wily, Gott.

Damen-Mädchen-Bekleidung C. Berner

Mantel, Kostüme, Tailorkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterrocke, Sporchäm, Seide, Melange, Blumenstr.

34
12
68
34
408

16
12
52
26
312